

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrgang

Leipzig, den 16. Oktober 1920

Nummer 117

Einigung im Berliner Zeitungsgewerbe!

Während die bürgerliche Tagespresse außerhalb Berlins noch am 12. Oktober die Gefahr eines allgemeinen Buchdruckerstreiks in Berlin für unabwendbar hielt, weil die Arbeitgeber auf ihrem ablehnenden Standpunkte gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer bestehen bleiben würden, lagen aus Berlin bereits Meldungen von bevorstehenden Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium vor. Am 13. Oktober ist es denn auch zu einer Einigung zwischen den am Berliner Zeitungshampfe Beteiligten gekommen.

Darüber wurde vom Reichsarbeitsministerium folgendes mitgeteilt: „Im Reichsarbeitsministerium fanden heute unter Leitung des Ministerialrates Dr. Eisler und in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Birch vom Reichswirtschaftsministerium zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Großberliner Zeitungsgewerbes Verhandlungen statt. Die Verhandlungen führten nach langem, außerordentlich schwierigem Verlauf und durch weitgehendstes beiderseitiges Entgegenkommen zu einer vollen Einigung. Die getroffenen Vereinbarungen unterliegen noch der Zustimmung der beteiligten Verbände und Gewerkschaften, die am Donnerstagvormittag folgen dürfte. Es ist zu erwarten, daß in den vom Streik betroffenen Gebieten die Arbeit noch am Donnerstag aufgenommen werden wird.“

Wie wir hierzu auf telephonischem Wege noch erfuhren, wurden im Laufe der achttündigen Unterhandlungen die Gehälter der Angestellten im Zeitungsgewerbe um 10, 12½, und 15 Proz. heraufgesetzt. Für die Streikzeit wird an die Angestellten keine Entschädigung gezahlt. Dagegen erhalten sämtliche an der Bewegung beteiligten Arbeitergruppen für die Streiktage eine Entschädigung von 75 Proz. des ausgefallenen Lohnes. Die restlichen 25 Proz. bleiben vorläufig straffig; es wird darüber ein vom Reichsarbeitsministerium einzufetzendes Schiedsgericht endgültig entscheiden. Die Wiederaufnahme der Arbeit sollte am 14. Oktober, mittags 12 Uhr, erfolgen.

Um auch über das Resultat der Aufnahme der Einigungsbedingungen in den am Donnerstag (14. Oktober) vormittags stattfindenden Versammlungen der beteiligten Arbeitergruppen unsern Lesern Kenntnis geben zu können, wandten wir uns telegraphisch nach Berlin. Der Bescheid lautete dahin, daß das Verhandlungsergebnis von den Arbeitergruppen und von den Angestellten angenommen worden ist. Im nachstehenden Verlaufsbericht wird eine nochmalige zusammenhängende Darstellung des Entwicklungsverlaufs der Bewegung im Berliner Zeitungsgewerbe gegeben und die Entschlebung der Vertrauensleute der Berliner Kollegenschaft dazu präzipiert.

Außerordentliche Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker

Am der Versammlung am 11. Oktober nahmen die Vertrauensleute sowie Vertreter der Hilfsarbeiter teil, die den großen Saal von „Siliems Festhallen“ in der Halenheide bis auf den letzten Stehplatz füllten.

Tagesordnung: „Die Ausperrung im Buchdruckgewerbe“. Kollege Mallini gab in großen Zügen einen Überblick über die Bewegung der Zeitungsangestellten, die am 1. Oktober einsetzte. Eine gemeinsame Sitzung aller in den bestreikten Zeitungsbetrieben Beschäftigten folgte dem Beschluß, daß in allen den Betrieben, in welchen sich die Angestellten im Streik befinden, keinerlei Streikarbeit verrichtet wird. Alle andern Arbeiten sollten weiter hergestellt werden. Was nun in Entscheidung traf, war voranzusehen. Die Unternehmer erklärten die Solidaritätskündgebung des technischen Personals für Arbeitsverweigerung und riefen das Schiedsgericht an, welches sich am 5. Oktober mit der Frage beschäftigte. Das Schiedsgericht wies die Klage der Prinzipale mit Einstimmigkeit ab. Die Prinzipale hätten nun das Tarifamt zur Entscheidung anrufen können. Sie haben aber das Tarifamt

ignoriert und sind am Mittwoch bzw. Donnerstag voriger Woche zur Ausperrung übergegangen. Kollege Mallini hat als Kreisvertreter sofort eine Beschlusse an das Tarifamt abgehen lassen. Es muß vom Tarifamt verlangt werden, daß es das Verhalten der Zeitungsunternehmer genau so als Tarifbruch verurteilt, wie das in ähnlichen Fällen den Gewerkschaften gegenüber geschehen ist. Nach der Ausperrung fand eine Prinzipalsversammlung statt, in welcher wohl versucht wurde, für eine Ausdehnung der Ausperrung Stimmung zu machen. Das Resultat ist uns nicht bekannt. Wir haben aber erfahren, daß ein Prinzipal, welcher sonst immer versucht, sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen, Herr Arthur Scholem, für eine allgemeine Ausperrung im Interesse der Großzeitungsunternehmer Stimmung zu machen versucht hat. Aber ein wesentlicher Teil der Berliner Prinzipalität scheint keine Lust zu haben, für die Großen die Steigbügel zu halten. Die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium boten keine Möglichkeit einer Verständigung. Die Angestellten waren bereit, auf der Grundlage des Spruches des Schlichtungsausschusses, der eine Gehaltserhöhung von 15 Proz. vorah, zu verhandeln. Die Arbeitgeber lehnten aber ab. Es waren dieselben Gründe, wie wir sie bei jeder Lohnforderung vor, während und nach dem Kriege gehört haben: die Geschäfte gehen so schlecht, daß eine Erhöhung nicht getragen werden kann. Dabei sind die niedrigen Gehälter der Angestellten unverantwortlich von den Unternehmern. Die Gehälter betragen 500—750 Mk., in wenigen Fällen bis 1250 Mk. Das Durchschnittsgehalt beträgt 745 Mk. monatlich. Hier spielt das Großkapital gegenüber dem sozialen Elend eine traurige Rolle. Die Unternehmer wollen eben nicht mehr zahlen. Daß sie es können, geht daraus hervor, daß sie an leitende Angestellte Gehälter bis zu 500000 Mark zahlen. Den Angestellten hat man den Vorwurf gemacht, daß sie nicht rechtzeitig den Schlichtungsausschuss angerufen haben. Auch das ist nicht richtig. Die Afa hat am 23. September sich an den Schlichtungsausschuss gewandt. Da sie ablehnte, mit den gelben Verbänden gemeinsam zu verhandeln, wandten sich die gelben Verbände am 29. September an den Schlichtungsausschuss. Durch eine merkwürdige Schiebung wurde nun der Antrag der gelben Verbände, der sechs Tage später eingereicht war, zuerst verhandelt und endete mit dem bekannten Vergleich. Erst einige Tage später wurde der Antrag der Afa behandelt, und der Schlichtungsausschuss sprach den Angestellten eine Erhöhung von 15 Proz. zu. Dieser Schiedspruch wurde jedoch von den Unternehmern abgelehnt. Die Angestellten haben also den Schlichtungsausschuss rechtzeitig angerufen. Bis jetzt haben neun Firmen ausgesperrt. Einige von diesen Firmen, bei denen keinerlei Differenzen bestanden, sind von den Zeitungsvorgesetzten erst gezwungen worden, das Erscheinen ihrer Zeitungen einzustellen. Die kleineren Unternehmungen werden sich wohl die Sache noch überlegen, jedenfalls erscheinen die Vorortzeitungen noch. Bieweil nun nach dem Willen der Zeitungsunternehmer die Kollegen in den Werkdruckereien provoziert werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls darf in keinem Falle von den Peronalen selbstständig gehandelt werden. Alle mutmaßlichen Streikarbeiten müssen vorher dem Gauvorstande zur Entscheidung vorgelegt werden. Bis jetzt sind durch den Streik und die Ausperrung 16000 Perionen in Mitleidenschaft gezogen worden. Wir haben den lebhaftesten Wunsch, daß mit den Angestellten eine annehmbare Verständigung erreicht wird. Aber auch die gesamte Arbeiterschaft hat ein lebhaftes Interesse an der Sache. Waren doch die Zeitungsunternehmer die ersten, welche angesichts der fortgehenden Steigerung aller Bedarfsartikel einen Abbau der Gehälter von 20 Proz. forderten. Jetzt soll es allerdings nicht so ernst gemeint sein, wo man den geschlossenen Widerstand der Angestellten und Arbeiter gefunden hat. Man hat nun mit der Herausgabe einer Einheitszeitung gedroht und auch wohl schon Versuche dazu gemacht. Bis jetzt ist eine solche Einheitszeitung noch nicht herausgekommen, es ist aber kaum anzunehmen, daß man damit den Leserkreis zufriedenzustellen wird. Wir haben vor einem solchen Monstrum keine Furcht. Vorläufig haben den Vorteil von der Bewegung der „Vorwärts“, die „Freie“ und „Die Rote Fabne“, welche den Zeitungshändlern vom Publikum aus den Händen gerissen werden. Von der Regierung

nüssen wir ebenfalls verlangen, daß sie eingreift und die Zeitschriften-Verleger und Verleger zwingt, um große Schäden unter gelandeten Zeitschriften-Verlegern. Der erste Schritt ist die Abschaffung des Verlags- und Vertriebsmonopols und in den Arm zu stellen. Wir werden die weiteren Entwicklungen der Dinge mit ruhiger Hand mit- und mitbestimmen. Die Teilnehmer des Kampfs werden aus dem Kampfe nicht mehr als Sieger hervorgehen. Die Sieger werden nur die sein, die den Kampf gewonnen haben. Die Teilnehmer werden am 15. Oktober zur Verkündung der Beschlüsse der Teilnehmer kommen, werden wir die Wege gehen, die uns die Zukunft weisen werden.

Die Beschlüsse werden in der Öffentlichkeit und selbst, aber streng sachlich. Es hat sich um den Ausdruck, daß man sich in den zunächst zu treffenden Maßnahmen zurückhalten sollte. Interessant war die Betonung einer Forderung der Redaktion von Rudolf Noke, welche dem Parteisekretär der Firma übermittelt worden ist. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

Die Redaktion der Zeitung des Hauses Rudolf Noke vom 8. Oktober macht zu dem Skandal im Bereiche folgende Stellung ein: Als Reichsleiter demokratischer Minderheiten sind wir verpflichtet, keine Zeile zur Aufnahme neuer Verhandlungen in vorbehaltlichem Geiste aufzugeben. Weiterhin erklärt die Verammlung: Der Tarifauslass des Bezirksverbandes von Brandenburg im Reichsverband der deutschen Presse hat sich schweren Herzens bewegen lassen, die eigenen Tarifforderungen bis zum Abschluss der Verhandlungen mit den Buchdruckern zurückzustellen; aber die Verammlung will keinen Zweifel daran lassen, daß sie in dieser Voraussetzung des technischen Personals vor den Redaktionen eine Zurückhaltung erachtet. Umwelts der weit en Steigerung der Preise für den gesamten dringenden Lebensbedarf sind neue Verhandlungen über die Umgestaltung der Tarifhöhe für künftige Arbeitnehmerkategorien notwendig.

Nach einem Schlusswort des dr. egen Massini gelangte folgende Resolution des Gauvorstandes mit überwältigender Mehrheit zur Annahme:

Wie am 11. Oktober in „Allems Festhalten“ versammelten Vertrauensleute sämtlicher Buchdruckereien Groß-Berlins haben den Bericht ihres Gauvorsitzenden Massini über die Absperrung der Arbeiterkraft in den Zeitungsbetrieben zur Kenntnis genommen.

Moskau und die Gewerkschaften

V.*

In dem in Halle a. d. S. ausgeführten schweren Trauerspiele — vor 24 Jahren war dort unser Verband wegen der neuen Tarifgemeinschaft vor ernste Entscheidung gestellt worden mit noch günstig zu nennendem Ausgange — des Parteitag der Unabhängigen kann niemand hat oder mit dem schadenreichen Gesühle über die rührende Nemesis vorbeigehen. Man weiß von der Spaltung der alten Partei zu Ende 1916 her, wie der entbrannte Kampf gegeneinander in die Gewerkschaften überging, und wie er brutal gerade gegen die Gewerkschaftsführer und -angestellten praktiziert wurde. Zum zweiten Male kann es nicht wieder so schlimm und scheußlich kommen, denn die von Halle ausgehende neue Richtung wird bei solchen Verhören bald merken können, daß die Gewerkschaften nicht noch einmal so den Bankrott abgeben werden wie in der ersten Zeit nach der Revolution. Die Moskauer Klagen über die Gewerkschaftsbewegung, Betriebsräte und dritte Internationale, die wir nur zum kleinsten Teile besprechen konnten, haben offenbar gemacht, wie es gegenüber den „kommunistischen Zellen“ und den ihnen von Moskau aufgezwungenen Richtlinien gehalten werden muß. Wer nicht opportunistisch — das neue Schlagwort! — verkehrt im Sattel sitzt, wird auch nicht einen Augenblick im Zweifel sein, daß die 21 Punkte von Moskau wie die Gebote für die Gewerkschaften und Betriebsräte nur eine Papierdekoration sein könnten, die ganz nach Belieben gemäß den deutschen Begriffen und Verhältnissen zum Leben gebracht werden dürfen.

Ein andres Moment hat Tom Breitscheid in einem Artikel voll Klarheit und Schönheit („Die Frauen und die Moskauer Bedingungen“) in der „Freiheit“ berührt. Es liest das in der Richtung der Gefahr eines Krieges mit der Entzweiung, zu dem die von den deutschen Kommunisten und den russischen Volkswirklichen betriebene Verhinderung des Versäufers führen müßte. Ledebour in der „Freiheit“ und Söhlinger in der „Freien Welt“ haben es nachdem viel deutlicher ausgesprochen, daß die Moskauer Zentrale und die KPD in Deutschland zu einem Krieg mit Frankreich unverdächtig Stimmung gemacht haben. Wenn man sich erinnert, welche Striden im belandenen Radetz losgelassen hat in dieser Verhinderung, dann wird man die Begünstigung durch die dritte Internationale auch unter dem Gesichtspunkt einer sehr gefährlichen Sache für das deutsche Volk betrachten müssen. Die „Noke Sabne“ hat gegen diesen Wahrheitspiegel aufbegehrt, man braucht aber nur ihre eignen Spalten in einem gewissen Zeitraum durchzusehen, dann

* Siehe die vorhergehenden Artikel in den Anz. 111 und 110.

Sie haben daraus ersehen, daß die Solidarität der Buchdrucker gegenüber den um eine menschenwürdige Existenz kämpfenden Angehörigen des Druckergewerkes von den Zeitungsverlegern zum Anlaß genommen wird, ihre Personale unter Bruch des geltenden Tarifvertrags auf die Straße zu werfen. Die Abgabe der Unternehmer gegen die Solidaritätskündigung der Zentrale ist vom Reichs-Bezirksrat abgelehnt worden. Die Unternehmer waren nun verpflichtet, das Tarifamt zur Entscheidung anzurufen. Sie haben sich aber über den Tarifvertrag und die gesetzlichen Bestimmungen rückwärts hingeworfen und die Personale ausgezerrt. Sie haben weiter auch diejenigen Zeitungsverleger, bei denen keinerlei Differenzen bestanden, gezwungen, das Erscheinen ihrer Zeitungen einzustellen und ihre Arbeiterkraft zu entlassen. Die Forderung, den Druck auf die übrigen Buchdruckereien Berlins und des Reiches auszudehnen, zeigt die wahren Absichten des Gewerkschaften der Zeitungsindustrie, als Strohriipp für die Verabschiedung der Lebenshaltung der Arbeiterkraft anzusehen. Die versammelten Vertrauensleute erklären, daß diese Gewaltpolitik des Unternehmertums den geschlossenen Widerstand der Buchdrucker finden wird. Die Buchdrucker Berlins werden jede Arbeit für die ausgezerrten Betriebe ablehnen und überlassen die Verantwortung für die Folgen den Buchdruckereibesitzern, die sich dazu hergeben wollen, den Machtgeheimnissen des Zeitungsgröbkapitals Vorkampfdienste zu leisten.

Die Haltung der Unternehmer bei den Verhandlungen des Schlichtungsausschusses sowie vor dem Reichsarbeitsministerium hat gezeigt, daß die selben keine Verständigung wollen, sondern eher gewillt sind, eine große, für die gesamte Volkswirtschaft außerordentlich wichtige Industrie lahmzulegen, als ein paar erbärmlich bezahlten Zeitungsangestellten die Erfindung ihrer Existenz zu erleichtern. Die Versammelten fordern deshalb von der Reichsregierung, daß sie die ein Sabotageverbrechen des lahmbrüchigen Zeitungs-kapitals mit allen ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen entgegentritt und dafür Sorge trägt, daß den berechtigten Anprüchen der in den Zeitungsbetrieben Beschäftigten auf Lebensmöglichkeit entsprochen wird.

Richtigstellung: In unserm Artikel „Überpannung des Solidaritätsgebdenkens“ in der letzten Nummer muß es in der dritten Zeile des vorletzten Abschnitts natürlich indirekte (nicht direkte) Streikarbeit heißen. Redaktion.

ist man im Bilde. In Halle haben die führenden Rechtsunabhängigen darüber ja auch gravierende Ausführungen gemacht, die für elliiche Linkler ebenfalls gelten. Die Bescherung mit Spaltungen ad infinitum (unter russischer Behuch auf der Redaktion machte gar keinen Hehl daraus, daß in Moskau dieser Prozeß zur höheren Ehre der kommunistischen Einheit als ernste Notwendigkeit aufgefaßt wird), mit Diktatur, Terror, Meinungs- und Prehsunfreiheit, Bürgerkrieg und schließlich nochmals Krieg gegen Volk, das geht denn doch über unsere Kraft und unsern Verstand.

Eine geradezu prachtvolle Belehrung hat der holländische Kommunist Vorler in einem Offenen Brief an Lenin gerichtet über die Unterschiede in Taktik und Methode des Klassenkampfes der einzelnen Länder, im Speziellen zwischen Rußland und Deutschland. Was darin gesagt wird, ist zwar nicht auf die ungeheure Geschmackslosigkeit einer Moskauer kommunistischen Halbmonatschrift abgestimmt, die Lenin einen „neuen Volk der Menschheit“ nennt, was der holländische Kommunist vielmehr sagt, ist wahr. Nur zwei Proben:

Die Revolution fordert also von jedem deutschen Proletarier, von jedem einzelnen noch viel größeren Mut und Opfer-sinn als von dem russischen. Das folgt aus den ökonomischen und Klassenverhältnissen Deutschlands und nicht aus irgendeiner Theorie oder Embildung von Revolutionsromantikern oder Intellektuellen! Wenn nicht die ganze Klasse oder wenigstens die übergroße Mehrheit sich persönlich mit fast übermenschlicher Kraft für die Revolution gegen alle andern Klassen einsetzt, kann sie nicht gewinnen. Denn Sie werden mir noch einmal zugeben, daß wir bei der Einstellung unserer Taktik auf unsere eignen Kräfte rechnen müssen und nicht auf fremde Hilfe. Das Proletariat, fast unbewaffnet, allein, ohne Hilfe, einem so gewaltigen Kapitalismus gegenüber, das bedeutet in Deutschland: jeder Proletarier, die große Mehrheit, ein bewußter Kämpfer, jeder Proletarier ein Feld. Und so ist es im ganzen Westeuropa. . .

Haben Sie nicht bemerkt, Genosse Lenin, daß es in Deutschland keine „großen“ Führer gibt? Es sind alles ganz gewöhnliche Männer. Das deutet schon darauf hin, daß diese Revolution an erster Stelle das Werk der Massen, nicht der Führer sein soll. Nach meiner Auffassung etwas Großartiges, Großherres, als je da war.

Ist damit nicht geradezu klassisch der große Abstand zwischen der deutschen und der russischen Methode aufgefallen? Kollege Lampe sprach in einem „Freiheit“-Artikel vom Standpunkte des Parteimanns aus und entwickelte dabei Gedankengänge, die an Vorler angrazten. Er hebt die geistliche Einstellung des westeuropäischen Proletariats und des deutschen im besondern hervor im Gegensatz zu Rußland und will auf dieses Ringen und geistige Erleben nicht verzichten zugunsten eines

Dogmas, das „wir als revolutionäre, denkende Arbeiter ablehnen müssen.“ „Nein und abermals nein“, ist der Standpunkt dieser Oppositionskongresse von Nürnberg.

VI.

Rein unter die gewerkschaftliche Lupe genommen, ergeben sich in gedrängtester Zusammenfassung noch folgende Merkwürdigkeiten: Die gerade von der Gewerkschaftsopposition so verpönte „Inflationspolitik“ würde bei der Moskauer Konfirmation der Gewerkschaften das Gegebene ein in gar nicht zu überbietendem Maße. Ob das „Bonzikum“ dann nicht mehr existieren würde, wenn die Gewerkschaften kommunistisch geworden sind und regiert werden?

Kollege Wielepp hat in der „Freiheit“ die Gewerkschaftsführer vor den Verdächtigungen der Rußen in Schutz genommen und diesen gesagt, daß sie vor „Übertreibungen und Unwahrheiten“ nicht zurückschrecken. Er bedauert ihnen, daß sie „eine krankhafte Eucht haben, alle Fäden der Arbeiterbewegung in ihre Hände zu bekommen“, und weist ihnen einen logischen Purzelbaum infolgedessen nach, als sie den Gewerkschaftlern sagen, bleibt in euren Organisationen, gründet kommunistische Zellen, anderseits aber die Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale betreiben, die natürlich auch in Moskau sitzen würde. Die Spaltung der Gewerkschaftsinternationale rügte doch notwendigerweise auch die Gewerkschaften national auseinandertreiben. Wielepp erkennt an, daß die Gewerkschaftsbewegung auch international ihren Aufgabenkreis erweitert hat; es sei nur noch nicht viel gescheit.

Kollege A. Desreux (Pekin-Wienberg) sandte uns als Oppositionsmann noch folgenden Warnru: an die oppositionell geminteten Kollegen, den namentlich sein in Nr. 110 als erster von den Einfindungen zum Worte gekommener Gefinnungsfreund überdenken sollte:

Ein Teil der deutschen Arbeiter läßt sich von seinen Gefühlen und seinem Haß gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem hinführen und erblickt alles Heil nur von Moskau. Sie vergehen dabei ganz, auch daran zu denken, daß uns die kommunistische Internationale an unserm Lebensnerve rütteln will. Die einzige Macht der deutschen Arbeiterklasse, ja der ganzen Welt, die Gewerkschaften, sind Moskau ein Korn im Auge. Deswegen soll nach kommunistischer Art auch hier Hand angelegt werden. Wenn hier nicht rechtzeitig ein Riegel vorgeschoben wird, dann geht auch noch das letzte Bollwerk der deutschen Arbeiterklasse zur Freude des Kapitalismus verloren. Deswegen ist es Pflicht aller Gewerkschaftler, dieser Frage mit dem nötigen Ernst zu begegnen.

Stolle in der Opposition, vor allem ist es unsere Pflicht, daß wir ganz besonders uns mit dieser Frage beschäftigen. Wir müssen uns die Frage vorlegen: Können wir uns dem Diktate von Moskau in gewerkschaftlicher Beziehung fügen? Und da uns das erklären: Nein und abermals nein! Niemals können wir zugehen, daß uns das einzige Machsinstrument der Arbeiterschaft zertrümmert wird. Wir dürfen nicht zugeben, daß die Amsterdamer Internationale unterminiert wird, die in dem jetzigen Lohwabohu unsere stärkste Machtposition bedeutet.

Wohl stehen wir als Gewerkschaftler auf dem Boden der Opposition, wie sind schärfste Gegner der Arbeitsgemeinschaften. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß wir uns willig dem Moskauer Diktat fügen. Wir dürfen wir uns dazu hingeben, die kommunistische Zerstörungsfaktik auch in unserer Gewerkschaft zu fördern. Deswegen, Kollegen der Opposition, laßt euch nicht von den kommunistischen Agitatoren ins Schlepptau nehmen.

Geiz Mirsch hat in unabhängigen Parteifaltblättern sehr anschaulich erörtert, daß das Moskauer Diktat der Gewerkschaftsopposition am gefährlichsten werden würde. Sie nachfolgende Stelle besagt das hübsch:

Die Lesefrüchte der dritten Internationale treiben aus den Gewerkschaftsoppositionen jenen lebendigen Geist heraus, der ihnen notwendig ist. Durch die geforderte Unterordnung unter jenen internationalen diktatorischen Willen, der sich in der Gegnerschaft gegen die Amsterdamer Internationale ausdrückt, wird die Gewerkschaftsopposition zu einem blutleeren, mechanisch arbeitenden Automaten herabgedrückt. Es wird dann schließlich so kommen, daß eine solche Opposition, auf sich selbst angewiesen und in den Kampf gestellt, vollkommen verlassen ist und auch sein muß, wenn einmal die Direktiven der obersten Herrschaft fehlen.

Das ist jedenfalls nicht falsch gesehen. Es könnte aber auch so kommen, daß Gewerkschaftsoppositionen unter dem bolschewistischen Zepher gar nicht geduldet werden! Wenn Dofowski bei der einen großen Vorstellung in Berlin mitterwählte, daß die Menschewiki auf dem russischen Gewerkschaftskongreß im April 1920 nur noch zu 6 Proz. vertreten gewesen wären, so ist das ein Verderrgung, der bei der Methode des Terrors sehr erklärlich erscheint, der aber hierzulande sich nicht nur bei den deutschen Menschewiki wiederholen könnte, wenn Moskau oben auf käme. Das bezeichnende Beispiel bei den russischen Buchdruckern ist Beweis dafür.

Einen charakteristischen Vorgang meldet nämlich die Telegraphenunion über Paris vom 13. Oktober. Die Moskauer Buchdrucker

sollen sich in einem Aufruf an das Proletariat der ganzen Welt gegen die bolschewistische-kommunistische Mächtigungs- und Herrschaftserklärung erklärt haben. Bei Abschluß dieser Nummer besahen wir den Wortlaut und nicht; unter Berücksichtigung der Moskauer Arbeit wird aber wohl bald Näheres darüber zu erfahren können. Wie in Nr. 110 (Artikel „Rückblick“) zu lesen war, ist der Moskauer Buchdruckerverband von den russischen Gewerkschaften aufgelöst worden, und wie aus Nr. 111 (Beschlüsse d. 11. Seite) hervorgeht, hat darauf die durch Statuten über die Buchdrucker zustande gekommene neue bolschewistische Buchdruckerorganisation unter Puchorins Protektoral an die Buchdrucker der Welt im Sinne der (zwangsweisen) bolschewistischen Umkehrung manifestiert. Die Rudimente der alten inerrdrückten Buchdruckerorganisation werden nun als Antwort eine neue Anlage haben das Gewaltregiment erhoben und in die Welt hinausgeschleht haben.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat mit ihrem am 29. September erlassenen großen Manifest gegen Moskau deshalb das Richtige zur rechten Zeit ausgesprochen.

VII.

Die estländischen Gewerkschaften haben auf ihrem Kongreß am 23. September mit sehr großer Mehrheit sich für den bedingungslosen Anschluß an Moskau erklärt. Der französische Gewerkschaftskongreß zu Anfang dieses Monats dagegen hat nach heftigen Debatten mit 1482 gegen 691 Stimmen gegen Moskau re.olvier.

Wie erst die Führer der kommunistischen Internationale ihre Absichten aufzählen, konnte an dem Verhalt in dem amtlichen Organ Moskaus über eine geplante Delegation zur im (schon abgelehnten) internationalen Metallarbeiterkongreß in Kopenhagen erfahren werden. Der Delegation wurde folgende Direktive gegeben:

In nationalem Maßstabe ist die Spaltung der rechtsstehenden opportunistischen Gewerkschaften nur in Ausnahmefällen zulässig, denn hier handelt es sich um Massenorganisationen, die man von innen heraus erobern muß. Im internationalen Maßstabe jedoch muß man im Gegenteil auf die Spaltung hinarbeiten, denn die Amsterdamer gelbe Vereinigung ist die Hauptstütze der Bourgeoisie. Die „Führer“ Amsterdams und der internationalen gewerkschaftlichen Verbände sind gelbe Gewerkschaftsmacher, die, nachdem sie auf dem Rücken der Gewerkschaften Platz genommen, die gewerkschaftliche Bewegung in geschickter Weise ausbeuten. Auf dem internationalen Metallarbeiterkongreß muß man um jeden Preis wenn auch nur einen Teil der Verbände vom gelben Amsterdamer Bund abspalten.

In Kopenhagen fiel man ab, in Halle wird es leider anders kommen, und die Meinung der Schwerindustriellen „Reinlich-Westfälischen Zeitung“ wird sich bestärken: „Um so besser werden wir mit den Arbeitern fertig werden“.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der zur Zeit eine Macht von 26 Millionen Arbeitern aus allen angeschlossenen Ländern darstellt, hat auf den Aufruf des Moskauer Rates der internationalen Fachverbände zur Gründung einer „wirklich revolutionären Gewerkschaftsinternationale“ in folgender Erklärung eine unabweisliche Antwort gegeben:

Es liegt für den Internationalen Gewerkschaftsbund kein Anlaß vor, sich gegen diese unsinnigen Angriffe zu verteidigen, die von eitlichen Personen ausgehen, die nicht einmal den Mut aufbringen, ihren Namen darunterzusetzen.

Immerhin soll darauf hingewiesen werden, daß die erlogenannte Internationale Rat der Fachverbände in Wirklichkeit nicht besteht. Er vertritt niemanden; er ist nichts als Schwandel und Bluff. Das geht schon aus der Umarmung hervor, im Namen der Gewerkschaften Großbrunnens, Frankreichs, Italiens und Spaniens zu sprechen. In Wahrheit sind die Gewerkschaften dieser Länder ebenso wie die von 13 anderen Ländern dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Die anonymer Verfasser dieses Manifestes sind entweder bewußte Lügner oder armelige Ignoranten, die von den Grundsätzen der Tätigkeit und den Zielen des Internationalen Gewerkschaftsbundes keine Ahnung haben.

Die Beschuldigung der Abhängigkeit vom Völkerring und vom Internationalen Arbeitsamt lieert dafür den Beweis. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seine Unabhängigkeit gegenüber beiden Körperlichkeiten stets streng gewahrt und er hat sich, wenn dies nötig war, gegen ihn gewendet, und er wird es auch weiterhin, wenn das Interesse der Arbeiter es erfordert.

Die Beschuldigung, daß der Internationale Gewerkschaftsbund machtlos und eine Organisation von Gelben und Verrätern sei, wird widerlegt durch alles, was der Bund seit den wenigen Monaten seines Bestandes getan hat.

In Washington hat der Internationale Gewerkschaftsbund den Völkerring verpflichtet, dem deutschen und österreichischen Völk die selben Rechte zuzusprechen, die sich die Arbeiter der anderen Länder erkämpft hatten.

Als die österreichischen Arbeiter vor Hunger ankamen, hat der Gewerkschaftsbund für Nahrung gefordert und ihnen geholfen, ihre Organisation und ihre industrielle Kraft zu erhalten.

Als der weiße Schrecken Ungarn zu Boden warf, war es wieder der Internationale Gewerkschaftsbund, der dagegen einschritt und den Zynik über dieses Land verhängte. Und als infolge der Situation zwischen Polen und Rußland neuerlich ein Krieg über die Welt hereinzubrechen drohte, war es gleichfalls der Internationale Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Organisationen, die den Transport von Waffen und andern Kriegsmaterial verhinderten.

Einzig der Internationale Gewerkschaftsbund hat Taten aufzuweisen, während seine Kritiker sich damit begnügen, Manifeste herauszugeben und sogenannt revolutionäre Reden zu halten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund wird auch in Zukunft bleiben, was er in der Vergangenheit war. Er hat keine Instruktionen zu empfangen, weder von rechts noch von links. Er wird sich jeder Diktatur widersetzen, komme sie nun von Moskau oder sonstwo. Er hat nur ein Ziel: die Beireitung der Arbeiter vom Joch ihrer Unterdrücker — ihrer politischen ebenso wie ihrer wirtschaftlichen. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird der Moskauer Tendenz, die Arbeiter um politischer Zwecke willen zu entzweien, den proletarischen allen Schlachtkraf entgegenstellen: „Proletariat aller Länder vereinigt euch!“

Auf dem unabhängigen Parteitag in Halle hat die Gewerkschaftsinternationale von dem rechten Flügel eine Beurteilung erfahren, die einen erfreulichen Gegenstoß bildet zu der von Moskau aus diktierten ebenso anmaßenden wie verletzenden Bewertung. Die von Halle ausgehende Verbrüderung zwischen Linksunabhängigen, Rechtskommunisten und Moskau ist bei den Gewerkschaften von vornherein unten durch wegen ihres Standpunktes zu Amsterdarn.

VIII.*

In der vorigen Nummer sind zum Abschluß noch fünf Einsendungen gegen und für Moskau gebracht worden, das macht im ganzen zehn eingekandte und drei redaktionelle Artikel. Die Buchdrucker haben damit in der Gewerkschaftspresse wohl die regste Debatte über diese Entscheldungsfrage geführt.

Kollege Bösch (Berlin) hat in Nr. 104 den Anfang gemacht. Wie haben es gleich vorausgesehen, was kommen würde. Es war uns aber auch klar, daß es hier kein Ausweichen gibt, deswegen zogen wir von Nr. 110 an das Begleitregister. Wir haben mit Bedauern wahrgenommen, daß der gegenteilige Standpunkt Bösch gegenüber mit dem Vorwurfe der Unsachlichkeit operierte, sogar die gleiche Wertstellung mit der antibolschewistischen Liga hat nicht gefehlt. Dazu lag keine Veranlassung vor. Wir in Deutschland mit der bejammernswerten Aufstellung der Arbeiterklasse in immer mehr Richtungen sind zur Respektierung der Meinungsfreiheit einfach verpflichtet. Die deutschen Arbeiter auf eine einzige Glaubensformel festlegen zu wollen, wäre der reine Hohn angesichts des um uns her wogenden Meinungsstreits. Bei allem Schmerz über die Zerrissenheit können wir das Nebeneinanderbestehen so vieler Richtungen immer noch als ein Zeichen größerer Stärke beurteilen als in Rußland den durch Diktatur mit obligatem Terror erreichten Zustand zwangsweiser Bekenntnung zum Bolschewismus als demaltem regierender Partei.

Was Kollege K. W. Schmidt (Berlin) an Wittmanns Adresse auf dem Umweg über den Kollegen Bösch richtet, lassen wir beiseite. Man sollte aber jetzt nicht so tun, als ob die Wahrheit über Rußland bereits Gassenweisheit gewesen wäre. Wir besitzen die Schriften von Lenin und Trotsky usw. auch schon lange, aber es wäre ändern und uns jedenfalls schlecht ergangen, wenn man früher schon daraus die Schlüsse öffentlich gezogen haben würde, die sich daraus ohne hüßne Kombinationen ergeben. Die „Rätezeitung“, die „Deutsch-russische Industriegewerkschaft“ und die Leipziger „Siedlung Ost“ sowie andre Stellen und Vereinigungen hätten gar keine Gegenrede aufkommen lassen. Von Leipzig aus wurde die Auswanderung im großen Stille betrieben, 14 000 Personen wollten sich im Gouvernement Wjatka ansiedeln, obwohl, wie wir nun wissen, im August v. J. den zwei Leipziger Delegierten in Moskau das Himmelreich keineswegs vorgezandert worden ist. Was sind dort jährlich 60 000 Rubel Lohn! Einer unsrer aus eigener Erfahrung schöpfenden Gewährsmänner (kein enttäuschter Heimkehrer) teilt uns mit, daß die Verhältnisse in Deutschland noch bei weitem denen in Rußland vorzuziehen sind. Er erfucht, Auswanderungslustige immer wieder von ihrem Vorhaben abzubringen; es müßten erst andre Zeiten kommen. Was an den russischen Zuständen gut zu nennen ist, hat in Nr. 110 unsrer anderer Gewährsmann (wir haben „nur“ vier zur Verfügung!) schon hervorgehoben. Aber die Notwendigkeit und Nützlichkeit, mit Rußland in wirklichliche Verbindung zu treten, haben wir uns in Nr. 111 ausgelassen. Daß Rußland von seinen Agrarprodukten aber noch nichts abgeben kann, ist in letzter Zeit wieder mehrfach zum Ausdruck gekommen, sogar von der russischen Regierung selbst. Vor Jahr und Tag haben zwar die kommunistischen Redner die russischen Getreidezüge schon ganz Deutschland durchqueren lassen, heute werden sie das nicht mehr sagen. Daß derjenige, der die russischen Methoden ablehnt, damit „kleinbürgerliche

* Siehe hierzu besonders die fünf eingekandten Artikel in Nr. 116.

Anschaungsweise“ bekunden soll, ist um so mehr zu verschmerzen, als dann selbst ein gut Teil der Oppositionskollegen nach Schmidt verkleinbürgerlich sein würde. Die Solieren Lampe und Wielepp haben das sogar in der „Freiheit“ durch Artikel gegen Moskau bezugl. Kollege Schmidt ist erkant und will es zum ersten Male gehört haben, daß jemand (Bösch) sich dagegen wendet, die Gewerkschaften einer Partei unterzuordnen. Aber! Aber! Wo sind denn die Jahre 1906—1910 geblieben, wo in unserm Verband am heftigsten gekämpft worden ist um die gewerkschaftliche Neutralität, d. h. um die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften und damit um die Selbstständigkeit der Gewerkschaften jeder Partei gegenüber? Wenn der verstorbene Kollege Rehhäuser dabei auch über das Ziel geschossen hat, im Prinzip hat er doch recht gehabt. Unsrer Organisation und ihre Vorläuferin von 1848 haben immer die'ses Prinzip verteidigt, und die Nürnberger Generalversammlung hat endlich daran einen Abschluß gebracht, indem das Verbandsstatut nunmehr die parteipolitische Neutralität zum Grundgesetz erhoben hat. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat überdies auf seinem Kongreß zu Nürnberg 1919 das Abkommen von Mannheim 1906 mit der Sozialdemokratischen Partei aufgehoben, so daß nunmehr völlige Selbstständigkeit der Gewerkschaften besteht und sie von keiner Partei als Filialen angesehen werden können. Sollen wir noch daran erinnern, daß der sozialdemokratische Parteitag von Köln 1893 mit seiner selbstbestimmten Suprematie über die freien Gewerkschaften einen langjährigen scharfen Streit im Geolge hatte? Daß Losowskis kommunistische Bekenntnisse nicht ganz wurzeln sind, hat Kollege Schmidt ja in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 8. Oktober mit eignen Ausführungen von L. lesen können. Wir gehen hier des Raumes wegen nicht darauf ein. In der Berliner Gewerkschaftskommission hat Losowski mit seiner Darstellung über Bedeutung und Wirken der russischen Gewerkschaften nicht zu imponieren vermocht, weil jemand zur Stelle war, der ihn aus eigner Kenntnis der Dinge korrigieren konnte, wo die tatsächliche Wahrheit mit der kommunistisch verkündeten Dichtung nicht überein zu bringen war.

Der Hamburger Kollege hat von den Gewerkschaften eine sehr geringe Meinung. Was er aber zum Vortrage bringt, ist von Karl Kautsky in seiner die Gewerkschaftsbewegung sehr kritisch behandelnden Schrift „Der Weg zur Macht“ mit viel andern Werturteilen weit scharfsinniger niedergeschrieben worden. Es wird jedoch recht fraglich sein, ob Kautsky im Jahre 1920, angesichts der Tatsache, daß die Gewerkschaften über ihre alten Grenzen hinausgetrieben und bereits schon darüber hinausgewachsen sind, seinen Behauptungen, Thesen und Vorhaltungen nochmals den Tenor wie im Jahre 1909 geben würde. Wir bezweifeln es entschieden. Der Hamburger Kollege aber überrifft den Kautsky von 1909 noch im Jahre 1920, was die rein verurteilende Seite andeulagt; Dialektik und Beweismaterial können natürlich nicht in Parallele gestellt werden. In einem Lande von solch kapitalistischer Struktur wie Deutschland mit diesen entsehdlichen Kriegsfolgen kann es eben nur noch der eignen Methode gehen. Bei der Gründlichkeit des Deutschen hat sie unbedingt mehr Aussicht auf Erfolg von Bestand. Wenn der Hamburger Kollege wähle, was der aus unsrer Redaktion gewesene russische Sach- und Regierungsmann äußerte über die Zeitbauer, die man in Rußland bis zum Ziele glaubt gebrauchen zu müssen, und er hätte hören können, wie von uns mit wahren Erschrecken darauf geantwortet wurde, daß wir für Deutschland mit seinem noch so starken Kapitalismus und Bürgertum bestimmt mit einigen Jahrszehnten weniger rechnen, dann würde er wohl seinem Artikel eine andre Tendenz gegeben haben.

Der Kollege aus Elberfeld wird verschiedentlich antworten. Wir müssen ihm aber seinen Glauben lassen und werden sehen, ob die Dreigliederung wirklich der Weg ist, der Moskau überwindet und kein London braucht.

Aus Lübeck ist zum Schluß noch ein zweiter Artikel eingegangen, der von dem in Nr. 110 gebrachten total abweicht. Vielleicht hat dieser erst den Kollegen Reineke auf den Plan gerufen, um zu zeigen, daß die Ansichten über das behandelte Thema sich in Extremen unter den Buchdruckern bewegen.

Damit lassen wir über das Kampfspiel „London oder Moskau“ den Vorhang fallen. War es auch nicht in allen Teilen schön, so hat es doch den geistigen Habitus gestärkt und wird zu manchem Nachdenken führen, wie der Gegenwart und der Zukunft gedient sein kann. Zumal wenn dabei von der grundlegenden Erwägung ausgegangen wird, daß die Selbstständigkeit der Gewerkschaften ein unter vielen Bitternissen in langen Jahren erreichtes Ziel darstellt, welche wir weder von Londoner Direktiven noch von Moskauer Diktaten wieder gefährden lassen wollen, welche jetzt in Halle a. d. S. bei dem großen Trauerspiele von dem besonnenen Teil anerkannt worden ist, welche gegenüber dem nach Moskau gehenden andern Teil entschieden verfochten werden wird, und welche wir auch unter der neuen internationalen Oberhoheit von Amsterdam sorgsam behütet wissen möchten. Eingedenk des Wortes von Karl Marx, daß die Gewerkschaften doch etwas Bleibenderes sind als politische Parteien!

Verlauf und Ergebnis des ersten Betriebsrätekongresses

I.

Der erste Betriebsrätekongress, der vom 5. bis einschließlich 7. Oktober in Berlin tagte, hat die auf ihn gesetzten Erwartungen hinsichtlich der organisatorischen Zusammenfassung der Betriebsräte voll und ganz erfüllt. In enger Verbindung mit den Gewerkschaften werden die Betriebsräte in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen, die nicht nur für die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Wirtschaftsleben, sondern auch für die Weltwirtschaft höchst bedeutungsvoll werden können. Diese Konstatierung erscheint uns so wichtig, daß wir sie unserer zusammenfassenden Schilderung des Kongresses glauben voranzustellen zu müssen.

Die meisten Delegierten trafen bereits am Sonntag, dem 3. Oktober, in Berlin ein, um an Vorbereitungen teilzunehmen, die von politischer oder von gewerkschaftlicher Seite anberaumt waren. Die Delegierten aus den graphischen Gewerben folgten einer Einladung des Graphischen Bundes zu einer informatorischen Besprechung am Montagvormittag vollständig. Daran nahmen auch die Verbandsvorstände teil sowie je ein Vertreter der Verbandsorgane.

Ein Begrüßungsabend für die Delegierten am 4. Oktober im großen Festsaal der „Neuen Welt“ bildete den stimmungsvollen Auftakt für den Betriebsrätekongress. Alles, was auf diesem Empfangsabend an musikalischer, gesanglicher und schauspielerscher Kunst geboten wurde, entsprach dem Grundfasse, daß für das Volk nur das Beste gut genug ist. Die Begrüßungsrede Rudolf Wissells stand inhaltlich und formell auf der gleichen Höhe.

Die Verhandlungen des Betriebsrätekongresses wurden am 5. Oktober, um 10 Uhr vormittags, durch unsere Kollegen Peter Graßmann namens des geschäftsführenden Ausschusses der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa eröffnet. Von der blumengeschmückten Bühne des riesigen Saales der „Neuen Welt“ blickten die Rissen von Marx, Bebel und Lassalle auf die vielen Delegierten der deutschen Betriebsräte herab. Nach Industriegruppen geordnet, hatten die Delegierten und die Vorstände der freien Gewerkschaften an langen Tafeln Platz genommen. Die Kolonnaden und die Galerie des Saales waren von zahlreichen Zuhörern gefüllt. Als Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nahmen folgende Kollegen und Betriebsratsmitglieder am Kongress teil: Hans Brucher (München), Julius Egenberger (Stuttgart), Edmund Eichler (Halle a. d. S.), Karl Fiedler (Berlin), Walter Graaf (Düsseldorf), Alfred Hanulchek (Breslau), Jakob Hilger (Leipzig), Johannes Pieczuh (Hamburg). In seiner Begrüßungsansprache entbot Kollege Graßmann zunächst den Vertretern der Regierung und der städtischen Behörden sowie den ausländischen Gästen einen Willkommensgruß. Dann führte er u. a. aus, es erfülle ihn mit Freude, zum ersten Male Hand- und Kopfarbeiter in so großer Zahl zu gemeinsamer Arbeit vertreten zu sehen. Das Bestreben der Arbeiter, mitzubestimmen im Produktionsprozesse, sei nicht erst mit der Revolution geboren, sondern schon in dem Augenblick entstanden, als die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Lage im Wirtschaftsprozess kamen. Das Streben der Arbeiter um Mitbestimmung im Betriebe sei auch wesentlich durch das Willkürregiment der Unternehmer entstanden. Die Revolution habe das Vertrauen der Arbeiter in ihre Macht gestärkt. Was zeige sich in dem riesigen Wachstum der Gewerkschaften. Die Arbeiterklasse hat den Mut: „Nur Arbeit kann uns retten“, aufgenommen, aber sie fordere, daß alle arbeiten. Darum wolle sie im Produktionsprozess mitbestimmen, darum verlange sie die Sozialisierung, nicht nur als Verstaatlichung, sondern in der höheren Auffassung als Allgemeinwirtschaft. Diesen Bestrebungen solle die Arbeit des Kongresses dienen. Das Betriebsrätegesetz genüge in seiner jetzigen Fassung nicht, es sei der Kampfboden, auf dem die Arbeiterklasse sich weitere Rechte erkämpfen werde. Die Aufgaben der Betriebsräte könnten nur erfüllt werden, wenn hinter ihnen die wichtigen Organisationen der Gewerkschaften ständen. Redner kam sodann auf die Zusammenfassung und die bisherige Tätigkeit der Betriebsrätezentrale sowie auf das für den ersten Betriebsrätekongress zur Anwendung gelangte Wahlrecht zu sprechen, das naturgemäß Mängel aufweise, wie es bei jeder neuen Einrichtung der Fall sei. Man glaube indes, das unter den gegenwärtigen Umständen beste Verfahren gewählt zu haben. In Anbetracht dessen, daß nicht nur das deutsche Volk, sondern auch das Ausland auf den Kongress blicke, möge jeder Teilnehmer bemüht bleiben, Meinungsverschiedenheiten brüderlich zum Ausdruck zu bringen.

Die vielen Wünsche wurde indes schon in der Debatte über die Wahl des Bureaus nicht im geringsten Rechnung getragen. Gegen den Vorschlag Graßmanns, neben den beiden Vorliegenden, die der Gewerkschaftsbund und die Afa präsentierten, noch zwei andre Vorliegende und acht Schriftführer aus den Reihen der Delegierten zu wählen, wurde seitens der Opposition heftig protestiert. Die Leitung des Kongresses dürfe nicht in den Händen der Gewerkschaftsbureaokratie liegen, sondern müsse den Betriebsräten verbleiben. Die Opposition erhob ferner gegen das Wahlreglement des Gewerkschaftsbundes Protest. Der Kongress sei kein Spiegelbild des deutschen Proletariats. Die Abstimmung jedoch, die ausschließlich den Delegierten zustand, ergab die Annahme des Vorschlags Graßmanns. Der Protest gegen das Wahlreglement wurde vom Kongress lediglich zur Kenntnis genommen. Ein Antrag von kommunistischer Seite, die zur Zeit in Deutschland weilende Delegation der russischen Gewerkschaften zur Teilnahme am Kongress ein-

zuladen, fand einstimmige Annahme. Desgleichen eine Aufforderung an das Bureau, denjenigen Mitgliedern der russischen Delegation, denen bisher die Einreiseerlaubnis vorenthalten blieb, diese Erlaubnis bei der Regierung zu erwirken. Nach der Wahl einer 21gliedrigen Mandatsprüfungskommission kam es zu erneuten heftigen Auseinandersetzungen bei der Festlegung der Geschäftsordnung. Es wurde von der Opposition verlangt, zu allen Referaten Korreferenten zu bestellen, da die vorgesehenen Referenten Gewerkschaftsvertreter seien, die ihren Standpunkt einseitig zum Ausdruck bringen würden. Gegen das Verlangen nach Korreferenten zu jedem Tagesordnungspunkte wurde ins Feld geführt, daß auf dem Kongress nicht politische Gegenstände zum Ausdruck gebracht werden sollten, sonst müßte man für jede Partei einen Korreferenten bestellen. Der Antrag auf Bestellung von Korreferenten zu allen Punkten wurde schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenfalls ein Antrag, in der Diskussion nur Betriebsratsmitglieder, nicht aber Gewerkschaftsvertreter zu Worte kommen zu lassen.

Zum ersten Tagesordnungspunkte: „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands“, u. hm sodann Rudolf Wissell das Wort. Nicht als Vertreter einer Partei wolle er sprechen, so bemerkte der Referent einleitend, sondern nur Tatsachen vorführen. Dann führte er in der Hauptsache aus: In unserer Wirtschaft ist es Winter geworden. Wir sind im buchstäblichen Sinne des Wortes arm geworden. Wir müssen schon im Frieden einen erheblichen Teil unseres Nahrungsmittelbedarfs aus dem Ausland einführen. Dazu kommt jetzt, daß uns große landwirtschaftliche Gebiete Deutschlands verloren gegangen sind, und daß der Boden infolge von Erschöpfung einen bedeutend geringeren Ertrag liefert wie früher. Wir sind also auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen, aber auch auf die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie, besonders für die Textil- und Eisenindustrie. Und bedeutende Gebiete der Eisenerzgewinnung sind uns durch den Friedensvertrag verloren gegangen. Während wir im Frieden 19¹/₂ Mill. Tonnen Rozeisen erzeugten, können wir jetzt nur 4¹/₂ Mill. Tonnen produzieren. Wir müssen also Rozeisen einführen. Dazu brauchen wir Zahlungsmittel. Gold haben wir nicht zur Bezahlung; was uns fehlt, ist auf Kredit beschaffbar. Es muß also später einmal bezahlt werden. Unsere Produktions- und Verkehrs-mittel stehen bei weitem nicht mehr auf der Höhe, die sie haben müßten, um den Ansprüchen der Wirtschaft zu genügen. Auch die menschliche Arbeitskraft ist infolge der jahrelangen Unterernährung sehr erheblich geschwächt. Die Krankheitsziffern in unserer Volks haben eine erschreckende Höhe erreicht. Wenn wir das alles betrachten, dann kommt uns erst in den letzten Jahren betriebene Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft zum vollen Bewußtsein. Und mit dieser geschwächten Wirtschaft müssen wir viel mehr einführen und bezahlen wie im Frieden. Dazu kommen noch die wahnwitzig hohen Forderungen, die die Entente an uns stellt. Wir müssen unsern Bedarf, den wir vom Auslande brauchen, mit Waren bezahlen. Was wir im Frieden brauchten, haben wir bezahlt mit unserer Ausfuhr und mit den Erträgen unserer Schifffahrt. Heute haben wir keine nennenswerte Schifffahrt mehr, auf keinen Fall reicht sie auch nur annähernd aus, um als Zahlungswerte für die Einfuhr in Betracht zu kommen. Unsere Einfuhr hatte im Frieden einen Wert von 11 Milliarden Mark, das sind nach dem heutigen Geldwerte wenigstens 22 Milliarden Goldmark oder 200 Milliarden Papiermark im Jahre. Wir können nicht die Hälfte dieses Wertes in Waren schaffen. Wenn wir aber die zur Bezahlung der Einfuhr erforderlichen Waren nicht erzeugen können, so bedeutet das, daß bei uns in Deutschland noch auf lange Zeit hinaus Schmalhans Küchenmeister sein wird. Angesichts dieser Verhältnisse muß man sich fragen, ob unsere Wirtschaft noch nach den bisherigen Grundfassen und Maximen betrieben werden kann. Im Kriege forderte man von den Kriegsteilnehmern Hingabe an die Gesamtheit bis zur Aufopferung. Dabei aber, in der Kriegsindustrie galt nur das Profittreiben und der Gewinnanreiz als ausschlaggebender Faktor. Die Ströme roten Blutes, die draußen vergossen wurden, verwandelten sich für die industriellen Nutznießer des Krieges zu Strömen gleibenden Goldes. Dieses Wirtschaftssystem kann uns natürlich nicht aus dem Elend herausbellen. Dieses System hat im höchsten Maß entmenslichend gewirkt. Das ist die Folge der bürgerlichen Wirtschaftslehre, welche meint, dem Allgemeininteresse werde am besten gedient, wenn man dem einzelnen den freiesten Spielraum lasse. Heute, wo man vor den Folgen dieser Wirtschaft steht, vor den Ababschwierigkeiten im Auslande, wirft man dem Arbeiter die hohen Löhne vor und spricht nicht von denen, die mit den wucherlichen Preissteigerungen den Anfang gemacht haben. Die Unternehmer verlangen die Befreiung der Ausfuhrabgaben, und leider gibt es Betriebsräte, die in daselbe Horn stoßen. Das Wesen der jetzigen Krise ist nicht begründet in einem Unterkonsum, sondern in einer Unterproduktion. Die Warenpreise sind so hoch, daß sie nur von wenigen gezahlt werden können. Deshalb stockt der Ababschwier und die Produktion geht zurück. Man fängt an, zu begreifen, daß die freie Wirtschaft das Elend, in dem wir uns befinden, nicht meistern kann. Neue Formen der Wirtschaft sind notwendig. Die heutige Wirtschaftsordnung wird das Elend nur vergrößern. Man hat den Arbeitern in den letzten Jahren immer gesagt, nur Arbeit kann uns retten. Die Arbeiter hatten das für einen Vorwurf, daß sie nicht genug arbeiten. Sie fühlen, daß ein solcher Vorwurf unberechtigt ist, und daß andre Ursachen an unserm wirtschaftlichen Elend schuld sind. Daß dies Gefühl richtig ist, das zeigt sich jetzt an den zahlreichen Stilllegungen von Betrieben durch die Unternehmer. Hiergegen müssen Maßnahmen getroffen werden. Vor allem gilt es, die Produktion so ergiebig wie möglich zu gestalten und die Wirtschaft nach den Interessen der Allgemeinheit einzustellen. Auf diesem Gebiete liegt auch die Aufgabe der Betriebsräte. Diese müssen die Dinge objektiv betrachten und eindringen suchen in die wirtschaft-

lichen Probleme, damit sie den großen Aufgaben gerecht werden können, die sie in unserm Wirtschaftsleben zu erfüllen haben. Lebhafter Beifall lobte dem Redner.

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung hielt Kosowski als Führer der russischen Delegation eine längere Begrüßungsrede, die mit einem Appell an die Solidarität des westeuropäischen Proletariats schloß für den Kampf der russischen Arbeiter zur Verwirklichung des Sozialismus in der ganzen Welt. Unter allgemeiner Zustimmung rückte der Vorlesende Aufhäuser in präziser Form manches von dem russischen Vertreter fastlich Gesehenes zurecht. Namentlich wies er dessen Polemik gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zurück und betonte, daß die deutsche Arbeiterbewegung eine rein proletarische Bewegung sei, die nicht in den Händen von Professoren und Literaten liege.

Als dann erstellte Dr. Silberding zum zweiten Tagesordnungspunkt ein Referat über: „Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung“, aus dem wir ebenfalls nur das Wesentliche wiedergeben können. Der Redner führte u. a. aus: Die deutsche Arbeiterschaft kam durch die Revolution zur Macht in einer Zeit, wo die Vorbedingungen zur Erhaltung ihrer Macht noch nicht gegeben waren. Die Revolution geriet in Gefahr, in Lohnbewegungen aufgelöst zu werden. So kam es, daß in der ersten Periode nach der Revolution die Sozialisierung keine Fortschritte machte. Die Arbeiterschaft hat sich der ökonomischen Macht nicht bemächtigt. So kamen dann die Kämpfe innerhalb der Arbeiterklasse, die es gestatteten, daß das Bürgerlum seine Macht wieder erlangen konnte. In den ersten Monaten der Revolution wurde die Arbeitszeit verkürzt, die Löhne gingen in die Höhe. Diese Bewegung hat aber nicht lange angehalten. Heute sind die Löhne in Deutschland niedriger als in irgendeinem andern Lande. Die Kaufkraft der breiten Masse ist so geschwächt, daß die Produktion keinen Absatz mehr findet, denn die Löhne sind sehr stark hinter den Preisen zurückgeblieben. In England und Frankreich sind die Löhne sechs bis hundertmal so hoch als in Deutschland. Die Zeit nach der Revolution ist nach einem kurzen Aufstiege zu einer Periode der Verarmung geworden. Dagegen hat die ökonomische Macht der Kapitalistenklasse nichts eingebüßt. Gleichzeitig hat sich eine innere Stärkung der Kapitalistenklasse vollzogen. Es steht sich auch eine immer größere Herrschaft der Kapitalmagnaten durch die Methoden der bürgerlichen Ökonomie und Wirtschaftspolitik können uns nicht über den Berg helfen, ohne daß die Massen noch weiter verelendet werden. Notwendig ist eine Steigerung der Produktion, wenn wir aus dem Mahlenend herauskommen wollen. Die Wirtschaft muß planmäßig eingerichtet werden zur Bedarfsdeckung. Was heißt Einrichtung der privatrechtlichen Wirtschaft und Einbringung der sozialistischen Wirtschaft. Wir verlangen, daß die Produktion nicht ausgeübt wird im Interesse einzelner Kapitalmagnate, sondern im Interesse der Gesamtheit. Darum kann es für den Sozialisten kein Zulammenarbeiten mit der Kapitalistenklasse geben. Wir können nicht die Kapitalisten als Helfer der Produktion erhalten und die Preise durch Verordnung regeln. Solange der Kapitalismus besteht, bleiben auch keine Preisgeetze bestehen. Diese können wir nicht ausschalten. Aber den Kapitalismus können wir aus der Produktion ausschalten. Es ist unüberwindlich, den Kapitalismus beizubehalten, aber die aus ihm entspringenden Gefahren durch Verordnung auszuheben. Auch der Grundsatz ist zu verwerfen, daß in der Wirtschaft Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern herrschen soll. Das ist ja gar keine Parität, wenn auf der einen Seite wenige Kapitalisten, auf der andern Seite die vielen Arbeiter stehen. Eine solche „Parität“ befestigt die Macht der Kapitalisten. Für uns ist jede Art der Planwirtschaft aus. Wir fordern die Ausschaltung des Kapitalismus. Sozialismus ist eine Machtfrage. Die Sozialisierung muß in Westeuropa so vollzogen werden, daß der Fortschritt der Produktion nicht gestoppt und daß die Produktion gesteigert wird, denn was wir brauchen, müssen wir mit Waren bezahlen. Der Sozialismus stellt hohe Anforderungen an die geistigen Fähigkeiten der Arbeiter. Wenn sie auch durch den Sozialismus die Herren der Produktion werden, so müssen sie sich doch bewußt sein, daß sie Arbeiter bleiben. Eine richtig durchgeführte Sozialisierung bringt ohne Zweifel eine Steigerung der Produktion mit sich, denn wenn die Arbeiter nicht mehr für den Kapitalisten, sondern für den Bedarf der Gesamtbevölkerung arbeiten, dann werden sie die Freude am Werke haben, die ihnen die kapitalistische Wirtschaft nicht geben kann. Kopf- und Handarbeiter müssen zusammenarbeiten. Wegen dieser Verbindung kann keine Macht der Welt ankommen. Für unsre Betriebsrätefrage ist ein Gebiet von großer Bedeutung: Der Reichsarbeitsratsrat wird sich noch in dieser Woche mit den Vorschlägen der Sozialisierungskommission beschäftigen. Es liegen zwei Vorschläge vor, der eine ist für die Vollsozialisierung des Bergbaues, der andre für die Teilsozialisierung, bei der der Kapitalist erhalten bleibt. Wenn wir schon nicht alle Industriezweige zugleich sozialisieren können, dann muß wenigstens da, wo wir sozialisieren, der Kapitalismus ganz ausgeschaltet werden. Der Vorschlag der Teilsozialisierung wird uns einen 30jährigen Krieg mit dem Unternehmertum bringen, denn sie werden in der Übergangszeit alles daran setzen, um den Betrieb für sich zu behalten. Im Kampfe für die Sozialisierung haben die Gewerkschaften und die Betriebsräte ihre ganze Kraft einzusetzen. Es ist sehr wichtig, daß die Gewerkschaften eine geistige Umwandlung erfahren haben. In England hat sich der Gewerkschaftssozialismus herausgebildet, der sich auf die Gewerkschaften stützt. Das hat zur Voraussetzung das Zusammengehen von Hand- und Kopfarbeitern und die Umbildung zu Industrieverbänden. Damit sind die englischen Gewerkschaften unmittelbar zu Trägern des Sozialismus geworden. Auch in den deutschen Gewerkschaften haben wir in dieser Hinsicht einen Fortschritt erlebt. Die Berg-

arbeiter verlangen die Sozialisierung. In diesem Kampfe müssen sich alle Gewerkschaften hinter die Bergarbeiter stellen. Das setzt allerdings gewisse Umformungen voraus, wie sie die englischen Gewerkschaften vorgehen haben. Wenn die Betriebsräte ihre Aufgaben erfüllen sollen, müssen sie sich die erforderliche Bildung erwerben. Sie dürfen nicht den Betriebszweck im Auge haben, sondern den Zweck, den Sozialismus durchzuführen. Dem Zweck müssen alle Augenblickeinteressen untergeordnet werden. Schwere Kämpfe stehen bevor. Dazu brauchen wir die Einigkeit des Proletariats. Im Kampfe für die Sozialisierung des Bergbaues können wir das gesamte Proletariat einigen. Haben wir in diesem Kampfe gesiegt, dann haben wir eine Machtposition erlangt, von der aus wir die Sozialisierung weiterfortsetzen können. Wir haben diese Kämpfe in der Überzeugung, daß wir dadurch eine neue Ära der Kultur herbeiführen. Wir wollen uns für diesen Kampf stärken. Er ist des Preises wert. Wir brauchen zu diesem Kampfe auch etwas, was uns seit dem 4. August 1914 mehr und mehr abhandeln gekommen ist: mehr Idealismus! Wir wollen uns die Idee des Sozialismus nicht verwässern lassen, wir wollen sie fragen bis zum Ende. Beglückter Beifall lobte Dr. Silberding für sein etwa zweistündiges geistreiches Referat.

Die Verhandlungen des ersten Tages hatten damit ihren Abschluß gefunden.

Die Beratungen am zweiten Tage begannen mit der Verlesung einer Erklärung der Opposition, in der scharfste Protest erhoben wurde gegen Inhalt und Form der gestrigen Zurechtweisung des Führers der russischen Delegation Kosowski durch den Vorstehenden Aufhäuser. Nach dem Vorlesender Graumann erklärte, daß er die Vorlesung keineswegs billige und sich ihnen nicht nähern könne, kam es zu einer stundenlangen, teilweise sehr stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, die erst durch einen gegenwärtigen Stimmenanruf abgebrochen wurde. Der Antrag abgelehnt wurde. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde dann unter starkem Beifall ein Antrag auf Erziehung der beiden Vorstehenden abgelehnt. Eine inzwischen im Vorraum des Kongresslokals erklärte Deputation der Arbeitslosen verlangte, mit beschleunigter Stimme am Kongress teilzunehmen. Im Falle der Ablehnung ihres Verlangens wurde eine Demonstration der Arbeitslosen angedroht, die in den Saal eindringen werde. Auf Vorschlag des Vorstehenden erhielt ein Vertreter des Reichsarbeitsrats das Wort, der u. a. ausführte, die Demonstration sei unethisch, irgendwelches Positives für die Arbeitslosen zu schaffen. Deshalb wollten die Arbeitslosen dem Betriebsratskongress ihre Anträge unterbreiten, wenn die Betriebsräte hätten die Pflicht, den Arbeitslosen zu helfen, indem sie die Kontrolle in den Betrieben übernehmen und die Sabotage der Unternehmer verhindern. Der Kongress sei verpfändet, etwas Positives für die Arbeitslosen zu tun. Diese Resolutionen der wirtschaftlichen Arbeiter auf sich und energiegeloste Sozialisierungsmaßnahmen. Auf andre Weise als durch die Diktatur des Proletariats sei das Elend der Arbeitslosen nicht zu beseitigen. Der Kongress müsse die Frage der Arbeitslosen auf die Tagesordnung setzen. Tue er das nicht, habe er keinen Wert und die Arbeitslosen würden gegen den Kongress sein.

Auf Vorschlag der beiden Vorstehenden Aufhäuser und Graumann wurde beschlossen, die Diskussion über das Arbeitslosenproblem mit der Diskussion über die Referate von Wissel und Silberding zu verbinden.

Nach dem Berichte der Mandatsprüfungskommission war der Kongress von 953 Delegierten aus 65 Organisationen besucht. Der Landesarbeiterverband, dem 200 Mandate zustanden, war nur durch 32 Delegierte vertreten. Dem Antrage der Kommission, sämtliche Mandate bis auf eine Ausnahme als gültig anzuerkennen, stimmte der Kongress zu.

Danach folgte die Aussprache über die Referate von Wissel und Silberding. Darauf speziell einzugehen, fehlt hier der Raum. Nur so viel sei gesagt, daß sich die Diskussion im wesentlichen im Sinne der Referenten bewegte. Neue, schöpferische Gedanken vermochte jedenfalls keiner der zu Worte gekommenen Delegierten den beiden Referenten hinzuzufügen. Der Schluß der Diskussion erhielt der Vertreter der Arbeitslosen noch das Wort zur Begründung der von vielen gestellten weitgehenden Anträge.

Zur Durchberatung sämtlicher zu den beiden ersten Tagesordnungspunkten gestellten Anträge wurde zu Beginn der Nachmittagsitzung eine zehngliedrige Kommission eingesetzt, zu deren Berichten auch die Referenten hinzugezogen werden sollten.

In ihren Schlussworten erklärten sich sowohl Wissel als auch Silberding unumwunden für das Ziel des Sozialismus. Wissel schloß vor, nur die beiden vorgelegten Entschlüsse der Referenten anzunehmen und alle übrigen Anträge dem vom Kongress zu wählenden Sekretariat als Material zu überweisen. Bis zur Durchführung der Sozialisierung in allen Industriezweigen müsse eintreten in den nicht sozialisierten Betrieben bereits eine staatlich subventionierte Planwirtschaft durchgeführt werden, wobei der Arbeiterschaft natürlich ein entscheidendes Mitspracherecht durch die Betriebsräte eingeräumt werden muß. Silberding betonte, in der Sozialisierung des Bergbaues, vor der wir jetzt ständen, könne es keine Zwischenlösung, sondern nur die Vollsozialisierung geben. Die Sache gehe nicht bloß die Bergarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft an. Der Kampf für die Erreichung dieses Zieles müsse in geschlossener Einheitsfront geführt werden. Die beiden folgenden, von den Referenten beantragten Resolutionen wurden mit allen gegen wenige Stimmen angenommen:

I.

Die zweijährigen Versuche, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sind gescheitert. Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen, schmerzhaften Aufschwung nach Ausbeutung der Woche. Sie ist heute in unaufhaltsamen

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigestellte Adresse):
 Im Gau Schlesien der Drucker Karl Laabs, geb. in Düsseldorf 1896, ausget.
 in Kuhlmei 1. Westpr. (Str. Thoren) 1914; war noch nicht Mitglied. -- Karl Fiedler
 in Breslau I, Kupferhämmerstraße 7 II.

Berichtungs-Kalender

Mecherleben. Maschinenmeister-Versammlung Sonntag, den 17. Oktober
 vormittags 10 Uhr, im „Kaiserhof“.
Barmen. Maschinenmeister-Versammlung Sonntag, den 24. Oktober, vor-
 mittags 10 Uhr, im Vereinslokal Hoffmann.
Bera. Maschinenmeister-Versammlung Dienstag, den 19. Oktober, abend
 7 1/2 Uhr, in der „Goldenen Krone“.

Der Mensch vermag viel

unglaublich viel, wenn er nur ernst
 will. Das Wollen aber ist es, was
 in den meisten Fällen dem Menschen
 fehlt. Die Anlagen hierzu sind in
 jedem Menschen vorhanden, es han-
 delt sich nur darum, sie zu wecken
 und auszubilden. Den richtigen
 Weg hierzu weist unser Werk „Ge-
 dächtnis-Ausbildung“ von Hans
 Glon. Das Werk bietet zunächst
 eine mellohrhafte Anleitung zur Erlä-
 rung der Willenskraft, dann zeigt
 es, wie die fünf Sinne als das wich-



tigste Werkzeug des Gedächtnisses
 geschäftigt werden, wie die Zerstreut-
 heit sich verliert, wie der Mensch in
 jedem Augenblick, wo er es nötig
 hat, seine Geisteskräfte auf einen
 Punkt und eine Sache sammeln
 kann. Das Werk erlebte zum ziel-
 bewußten klaren Menschen, es zeigt,
 wie man jede Sache anzufangen muß,
 um sie zum Erlolge zu führen. Ver-
 langen Sie heute noch unsere aus-
 führlichen Prospekt G 39, dessen Zu-
 sendung vollständig kostenlos erfolgt.

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt)
 Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29, 30 (Gegründet 1856)

Zum alsbaldigen Eintritt in Dauerstellung ein erstklassiger, selbständiger und
 arbeitsfreudiger

Illustrationsdrucker

der nachweislich in Mehrarben- und Katalogdruck nur feinste Arbeit liefert,
 ge suchl. Bezahlung nach Leistung. Ausührliche Angebote mit Zeugnisabschriften,
 Gehaltsansprüchen und Referenzen e. belien. Mit Rücksicht auf die Wohnungsknappe-
 heit wird ledigem Bewerber der Vorzug gegeben.
 „Bamberger Tageblatt“ in Bamberg.



Freie Faktoren-Bereinigung Deutschlands

Sitz der Zentral-Kommission in Frankfurt a. M.
 Monatl. Organisationsbeitrag M. 1.— mit der Berechtigung zum freien
 Bezug der F.-F.-B.-Mitteilungen. Wegen Anmeldung und Auskunft
 wende man sich an den Vorsitzenden der F.-F.-B., Rudolf Schlotterbeck,
 Frankfurt a. M., Schulze-Dehlisch-Strasse 77.

Redakteur

für täglich erscheinende Arbeiter-
 zeitung gesucht. Derselbe muß
 es verstehen, sich durch intelli-
 gente Schreibweise die Sympa-
 thien der Bevölkerung zu er-
 ringen. Eintritt bestimmt am
 25. Oktober.

Angebote an [329]
 G. Schmidt,
 Sondershausen, Neustadtstr. 18.

Typographseher

Weltungsfähiger, erfahrener
 für Universal B, der in hauer Zeit im
 Handbuch ausbitt, für so ert in dauernde
 Stellung ge suchl. Bedingung gründ-
 liche Maschinenkenntnis. [306]
 Kurt Rother, Peine.

Maschinenseher

für Typograph B zu baldigem Eintritte
 gesucht. [324]
 „Mindener Zeitung“,
 Minden i. Westf.

Russische Linotypeseher

und Sandseher für dauernd stellen ein
 Rosenthal & Co., Berlin NW 21,
 Wilhelmstr. 105. [304]

Schreibseher

Strebsamer, tüchtiger
 in Berlin (22 Jahre, ledig), an sauberes,
 korrektes, selbständiges Arbeiten ge-
 wöhnt und vielseitig ausgebildet, sucht
 sofort oder später Stellung. Gest. An-
 gebote u. Nr. 316 bei d. Westfäl. d. B. [316]

Seher im ersten Gehirnsjahre, firm
 im Inter. ent., Tabellen- u.
 Abzähl-, ab. sucht sofort
 oder später Stellung. An-
 geb. an C. Maufe, Sameln,
 Papierfabr. Westheim. [322]

Junger Schweizerdegen

an Schneidpresse und Regel ausgebildet,
 mit der Flachstereotypie vertraut, in allen
 Saharten gut bewandert,
 sucht Stellung.
 Fleißiger und stühter Arbeiter mit guten
 Zeugnissen. Eintritt jederzeit. Gest. An-
 gebote erbittet Wilhelm Rosh, Westphale-
 nsee 1. Thür., Heibelortstraße 12. [326]

An Kollegen

vergebe den Vertrieb eines kleinen,
 billigen und konkurrenzlosen Artikels
 (pat. gesch.), den jede Hausfrau und jedes
 Geschäft houbt. Interessenten erhalten
 nach Einsendung von 2,50 Mk. Muster
 und Anleitung. [320]

M. Gelebel,
 Leipzig-Süderth, Arnoldstraße 9.

Hohen Verdienst haben Kollegen
 durch Vertrieb
 eines köstlichen Gebrauchsartikels. Waren-
 proben geg n 3 Mk. (auch in Marken).
 A. Mehrke, Nordhausen a. S., Lindenstr. 4.

Bringe allen Leipziger sowie durch-
 reisenden Buchdruckern mein alles Ver-
 trichslokal in Erinnerung. Leipzig,
 Friedrichstraße 9. [320]

Medams Gashaus
 „Goldener Winkelhaken“
 Inhaber Albert Röhr.

Typographseher!

Gummistämpfer zur Wasserführung.
 Franz Müßig, Stuttgart-Gärburg.

Eine Buchdruckerwerkstatt

Soltschnitt von Abraham von Werdt,
 Formschneider, vielleicht holl. Herkunft,
 tätig 1640-1680, meist in Nürnberg,
 für 20 Mk. veräußert. Neudruck für
 30 Mk. veräußert. [290]
 Karl Müller, Kaffee, Leibnizstraße 5.

**Sch zahle 15 Mk. monatlich
 und bestelle dich
 eine Klaffterbibliothek**

C. S. Otto & Co., Berlin-Lichterfelde
 Björnson 2 Bde. — Nauß 2 Bde.
 Heibel 2 Bde. — Ludwig 2 Bde.
 Kleist 1 Bd. — Umland 1 Bd.
 Schiller 3 Bde.

zuf. 13 Bde. geb. für 143 Mk.
 (Anzeige bei B. Stellung einenden.)

10 Proz. Abzählg. monatl.

Duden, Red. Hdrsch., 21,60 Mk.
 1 Bd. geb. [324]
 Meyers Hand. gktion, 60,00 Mk.
 1 Bd. geb. [324]
 Anzengruber Werke, 60,00 Mk.
 1 Bd. geb. [324]
 Marlitt Romane, 40,00 Mk.
 9 Bde. geb. [324]
 C. S. Otto & Co., Berlin-Lichterfelde.

Schuhsohlen

Gummisohlen, garantiert un-
 übertröfen haltbar, Herren 16, 17, 18 Mk.,
 Damen 12, 13, 15 Mk., je nach Größe.
 Auch Abfälle. Vertreter gesucht. [327]
 M. Fröhlich, Stuttgart: 17, Urbanstr. 114.

**Typographische Vereinigung
 Leipzig**

Auf Wunsch des Herrn Dr. Friedrich
 Schulze fällt die Führung im Stadt-
 geschichtlichen Museum am Sonntag,
 den 17. Oktober, aus. Die Führung
 soll dem Bortrage folgen, weshalb wir
 diesen auf Sonnabend, den 30. Oktober,
 abends 7 1/2 Uhr, im „Auguste-Edmidt-
 Haus“ stellen und die Führung am
 Sonntag, den 31. Oktober, vormittags
 10 1/2 Uhr, folgen lassen. Voraussetzung
 ist, daß der Gemeindegliederkreis bis
 dahin beendet ist. [335]

„Gutenberg“ Leipzig

Die Generalversammlung findet am
 Sonnabend (16. Oktober) in der Halle,
 wenn der Streik der Gemeindeglieder
 noch nicht beendet ist. Der Vorstand.

Preisermäßigung!
 empfehle zu 30, 32, 35,
Zigarillos 40 und 45 Mk. pro
 100 Stück, desgleich, Hamburger
 Stumpfen, vorzügl. Quali., etwa
 10cm lang, 52 Mk. pro 100 St. (Laden-
 preis 70 Mk.). Ferner
 (reiner Tabak) 16, 18, 20,
Zigaretten 22 bis 40 Mk. pro 100 St.
 nur an Privats zu verkaufen; bei 500
 Stück franko. [349]

Rauchtabak in drei vorzüglichen
 Sorten: Marke „König-
 sum“ 23 Mk., „Ideal“ 25, 26, 50 Mk.,
 „Austro“ 27, 50 Mk. pro Pfd. 10 5 Pfd.
 franko! Viele Anerkennungs schreiben.
 Ein Versuch überzeugend!

Tabakverwand Donius,
 München, Schwanthaler Straße 63.



Teilzahlung

Uhren, Photoartikel, Musik-
 Instrumente, Schmucksachen,
 Bücher.

Kataloge umsonst u. portofrei liefern
Jonass & Co., Berlin A. 407
 Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Am 10. Oktober verschied nach
 langem, schwerem Leiden unser
 lieber Kollege, der Seher [334]

August Groß

im 36. Lebensjahre.
 Wir werden ihm allzeit ein
 ehrendes Andenken bewahren.
 Ortsvce. ein Siebrich a. Th.

Nach schwerem Leiden verstarb am 23. September unser
 hochverehrter Chef, der Verleger [323]

Herr Karl Lange

im fast vollendeten 53. Lebensjahre.

Mit ihm wurde uns ein Mann entzogen, der für die An-
 liegen seiner Untergebenen jederzeit größtes Verständnis und
 Mitgefühl bezeugte und der stets ein Freund und Gönner
 des Karls und unserer gewerblichen Institutionen war. Aus
 einem an Arbeit und Erfolgen reichen Leben ist er leider noch
 allzu früh abgerufen worden.

Das Andenken wird dauernd in Ehren halten

Das technische Personal der Buch- und Kunstdruckerei
 Karl Lange Verlag („Duisburger General-Anzeiger“).